

Der Vorsitzende der Brandenburgischen Landesrektorenkonferenz

Prof. Dr.-Ing. Johannes Vielhaber
Pappelallee 8-9, 14469 Potsdam
Tel. 0331/580-1000, Fax 0331/580-1009
rektor@fh-potsdam.de, www.fh-potsdam.de

Fachhochschule Potsdam · Postfach 60 06 08 · 14406 Potsdam

Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg
Herrn Matthias Platzeck
Staatskanzlei
Heinrich-Mann-Allee 107

14473 Potsdam

Potsdam, 24. Juni 2011

Offener Brief der Brandenburgischen Landesrektorenkonferenz an den Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

mit dem Hinweis „Wissenschaft braucht Wandel“ haben Sie, Herr Ministerpräsident, sich jüngst in einem Gastbeitrag für die Märkische Allgemeine Zeitung für eine umfassende Reform der brandenburgischen Hochschullandschaft nach dem Motto „neue Aufgaben, neue Inhalte, neue Strukturen“ ausgesprochen und den Prüfauftrag der von Ihnen eingesetzten Strukturkommission begründet. Sie haben damit deutlich gemacht, dass Wissenschaftspolitik „Chefsache“ ist, und erklärt, dass 20 Jahre nach Gründung der brandenburgischen Hochschulen der richtige Zeitpunkt gekommen sei, um „unsere Wissenschaftsstrukturen ... vorbehaltlos zu überprüfen und entsprechend zu gestalten“.

Anspruch auf Mitgestaltung

Die Hochschulen des Landes Brandenburg begrüßen dieses Ansinnen, fordern sie doch seit Jahren einen Hochschulentwicklungsplan des Landes ein, in dem das Land seine Interessen und Schwerpunkte für den Wissenschaftsbereich formuliert. Die Hochschulen selbst sind verpflichtet, ihre Struktur- und Entwicklungsplanungen alle fünf Jahre zu aktualisieren. Als autonome Einrichtungen erheben die Hochschulen für den jetzt angestoßenen Reformprozess einen Mitgestaltungsanspruch, der sich nicht in der Begutachtung durch die Strukturkommission und der Umsetzung von darauf basierenden Beschlüssen der Landesregierung erschöpfen kann.

Weitblick statt Kurzsichtigkeit – zum Wohle der Region

Mit Sorge betrachten die Hochschulen die laufende Spardebatte im Land und die Ankündigung, dass ab 2012 der jährliche Etat für Wissenschaft und Kultur im Land Brandenburg um 27,4 Mio. € vor allem im Hochschulbereich gekürzt werden soll. Eine solche Einsparsumme ist aufgrund der Tatsache, dass über 80 % des Haushalts der Hochschulen durch Personalausgaben gebunden sind, kurzfristig aus dem Kernhaushalt der Hochschulen nicht zu erbringen und bedürfte des umstrittenen Rückgriffs auf ergänzende, in der Regel zweckgebundene Bundes- und EU-Mittel.

Die Hochschulen warnen eindringlich davor, Ressortinteressen und kurzfristige Erfolge in der Wählergunst gegen den eher langfristigen, ressortübergreifenden und nicht immer unmittelbar sichtbaren Erfolg, den Hochschulen und Wissenschaft für die Landesentwicklung leisten, „auszuspielen“. Sie erwarten, dass ihnen die Sondermittel wie beispielsweise die Bundesmittel für die Aussetzung der Wehrpflicht oder Ausgleichszahlungen für Studienanfängerzuwachs und Projektmittel des Bundes in voller Höhe zur Verfügung gestellt und nicht durch Reduzierung der Landesgrundfinanzierung gleichzeitig wieder

entzogen werden. Eine Verringerung von Kürzungen mag für Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, ein Mehr sein, für die vor Ort Handelnden ist es dennoch faktisch weniger! Erst recht in Verbindung mit nicht auskömmlich finanzierten zusätzlichen Anforderungen.

Zukunftsfähigkeit erhalten

Die Hochschulen des Landes appellieren an die politisch Verantwortlichen in allen Ressorts und parteipolitischen Lagern anzuerkennen, dass die Hochschulen maßgeblich den Fachkräftenachwuchs gerade auch in den Zukunftsfeldern der Innovationsstrategie sichern und durch die Ausbildung von Fachkräften sowie durch Wissens- und Technologietransfer zur Attraktivität der Standorte für die Ansiedlung von Unternehmen, Forschungseinrichtungen, regionalen und überregionalen Institutionen beitragen. Nicht zuletzt sind die Hochschulen wichtige, vielerorts sogar die wichtigsten Arbeit- und Auftraggeber für die Region.

Geplante Einsparungen gefährden Studienplätze

Wer bei den Hochschulen kurzfristig an der im bundesweiten Vergleich ohnehin niedrigsten Grundfinanzierung sparen will, muss sich bewusst sein, dass dies zwangsläufig zu einem Abbau von Studienplätzen führt sowie die Innovationskraft und Zukunftsfähigkeit des Landes aufs Spiel setzt, denn: „Keine Innovationen – kein Wachstum!“

Schon jetzt verlassen im Bundesvergleich überdurchschnittlich viele Abiturienten Brandenburg, weil es zu wenige Studienplätze gibt – diese Entwicklung würde durch die geplanten Einsparungen zwangsläufig beschleunigt. Darüber hinaus hat sich Brandenburg im Hochschulpakt 2020 verpflichtet, die Anzahl seiner Studienplätze zu erhalten und nicht abzubauen. Wird diese Verpflichtung nicht eingehalten, droht die Rückzahlung von Bundesmitteln.

Langfristig tritt ein Spareffekt ohnehin nicht ein – im Gegenteil: Die OECD-Studie „Bildung auf einen Blick 2010“ belegt, dass in keinem anderen Land der Welt der staatliche Nutzen die staatlichen Kosten eines Hochschulabsolventen so weit (ca. 100.000 US\$) übertrifft wie in Deutschland.

Für die Hochschulen des Landes ist es nur schwer nachvollziehbar, wenn die Landesregierung einerseits die Aufbauleistung der Hochschulen lobt und zu Recht darauf hinweist, dass quasi aus dem Nichts eine blühende Hochschullandschaft aufgebaut und Spitzenforschung von internationalem Rang angesiedelt werden konnte, dass die steigende Studienplatznachfrage und die Erhöhung der Zahl der Studierenden im Land Brandenburg von rund 32.000 im Jahr 2000 auf rund 50.000 im Jahr 2010 Belege für die Attraktivität der hiesigen Hochschulen sind, und andererseits massive Einsparungen im Hochschulbereich plant. Ob vor diesem Hintergrund die von Ihnen, Herr Ministerpräsident, initiierte und intendierte Reform der Hochschullandschaft wirklich ergebnisoffen diskutiert wird, ist für die BLRK angesichts der kursierenden Einsparsummen fraglich.

Schon jetzt erhebliche Konsolidierungsbeiträge

Die Hochschulen des Landes erkennen durchaus, dass das Land vor dem Hintergrund der Schuldenlast, der demografischen Entwicklung und des Wegfalls der Solidarpaktmittel in der Perspektive 2019 vor der Notwendigkeit einer Haushaltskonsolidierung steht. Sie leisten ihren Beitrag zur Konsolidierung seit Jahren:

In den vergangenen fünf Jahren sind

- die Absolventenzahlen um 66 %,
- die Studierendenzahlen um 20 %,
- die eingeworbenen Drittmittel um 80 % gestiegen.

Gleichzeitig ist die Grundfinanzierung – abgesehen von tarifbedingten Anpassungen – weitgehend konstant geblieben. Die „Leistungsprämien“

- je Absolvent sind um 30 % und
- je eingeworbenem Drittmittel-Euro um über 30 % gesunken.

Der Ausfinanzierungsgrad der Hochschulen ist allein im Jahr 2011 gegenüber dem Vorjahr um 8 % gesenkt worden.

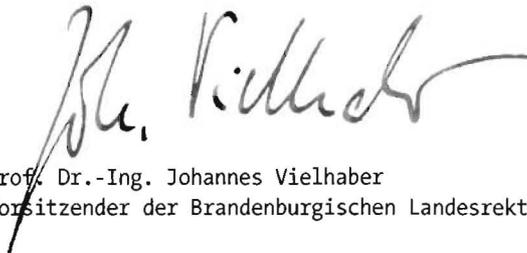
Langfristiger Erfolg braucht Freiräume

Die Hochschulen warnen davor, die Hochschulentwicklung zu stark an kurzfristigen regionalen Interessen - wie es die „Landeskinderdebatte“ und der Erfolgsindikator „regionale Wirksamkeit“ suggerieren - auszurichten. Denn Hochschulen und Wissenschaft brauchen, damit Neues entstehen kann, vor allem eins: Freiräume, und zwar struktureller, personeller, finanzieller und inhaltlicher Art. Insofern vertrauen die Hochschulen darauf, dass es die Landesregierung mit der Priorität für Wissenschaft und Forschung in der Landespolitik weiterhin ernst meint und dass sie an der Stärkung der Hochschulautonomie festhält. Es gilt, verlässliche Rahmenbedingungen für die Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen im Land zu schaffen und bei der konkreten Ausgestaltung der Studienangebote und der Forschungsprofile auf die wiederholt nachgewiesene fachliche Kompetenz der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und der Hochschulleitungen zu vertrauen. Die Freiheit von Forschung und Lehre ist ein hohes Gut, das es - will man Motivation, Kreativität und Innovationsfreude der Lehrenden und Lernenden erhalten - im Landesinteresse beständig zu pflegen gilt.

Die Brandenburgische Landesrektorenkonferenz fordert Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, auf,

- die drohende Reduzierung von Studienplätzen als Folge von Mittel- und Personalreduzierungen zu verhindern,
- den Ausfinanzierungsgrad der Hochschulen wieder auf das Niveau der Vorjahre zu erhöhen und langfristig zu konsolidieren,
- die geistigen Kapazitäten der Hochschulen, die Garant für die Fortsetzung und Weiterentwicklung des Erfolgsprojekts „Bildung und Wissenschaft in Brandenburg - Basis für unsere Zukunft“ sind, als weitgehend autonome Mitstreiter und nicht als nachgeordnete Behörden einzubinden.

Mit freundlichen Grüßen im Namen der Präsidenten der staatlichen brandenburgischen Hochschulen



Prof. Dr.-Ing. Johannes Vielhaber
Vorsitzender der Brandenburgischen Landesrektorenkonferenz

Nachrichtlich:

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur
Minister der Finanzen